



Linke Liste Nürnberg, Humboldtstraße 104, 90459 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 24

90403 Nürnberg

POA

OBERBÜRGERMEISTER		
13. MAI 2015		
I	1	3
V	2	4

Zur Stellungentlassung
Antrag zur Stellungentlassung
Antrag zur Stellungentlassung

Mu

Humboldtstraße 104
90459 Nürnberg
Telefon: 0911 – 27 92 801
www.linke-liste-nürnberg.de
titus.schueller@stadt.nuernberg.de

Nürnberg, 05.05.2015

per Fax ✓

Antrag Aufwertung Sozial- und Erziehungsberufe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Sozial- und Erziehungsdienst teilt die sogenannte S-Tabelle des Tarifvertrages die Beschäftigten vom/von der Kinderpfleger_in über den/die Sozialarbeiter_in, die/den Heilerziehungspfleger_in bis zur Kitaleitung in rund 18 Gehaltsgruppen ein. Die Eingruppierung der Mitarbeiter_innen richtet sich unter anderem nach der Größe der jeweiligen Einrichtung. Eine Erzieher_in verdient als Einstiegsgehalt 2300 Euro brutto und kommt nicht über 3200 Euro brutto. Da sehr viele Erzieherinnen - meist ungewollt - in Teilzeit arbeiten, ist ihr tatsächliches Einkommen jedoch deutlich geringer. Sie müssen dann z.T. Zweitjobs annehmen – und ihnen droht Altersarmut. Menschen in sozialen Berufen leisten wichtige und gute Arbeit. Das muss entsprechend bezahlt werden.

In der aktuellen Tarifrunde fordert ver.di für die mehr als 750.000 Beschäftigten in sozialen Berufen bei den Kommunen, bei freien Trägern oder den Kirchen:

- Die Aufwertung sozialer Berufe soll mit einer entsprechenden Bezahlung im Umfang von durchschnittlich 10 Prozent angehoben werden.
- Alle Beschäftigten in diesem Bereich sollen besser eingruppiert werden.
- Eine neue Eingruppierung soll für jede und jeden eine Gehaltserhöhung von durchschnittlich zehn Prozent bringen.
- Die Leitungen sollen künftig nicht mehr nur an Kinderzahlen, sondern alternativ an der Anzahl der Gruppen oder der Zahl der Beschäftigten in der Einrichtung bemessen werden.
- Für die Behindertenhilfe soll es zusätzliche Verbesserungen geben.
- Bei der Zuordnung Beschäftigter zu den einzelnen Stufen sollen Vorbeschäftigungszeiten zwingend anerkannt werden.
- Auch Mitarbeiter, die bestimmte Formalqualifikationen nicht erfüllen, müssen besser eingruppiert werden – zum Beispiel, wenn Sozialassistenten_innen als Erzieher_innen arbeiten.
- Bei vorübergehender Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit soll zudem über die Zahlung des Differenzbetrages verhandelt werden.
- Forderungen für die einzelnen Berufen unter

www.soziale-berufe-aufwerten.de/information/berufsprofile/

Antrag

Der Nürnberger Stadtrat möge beschließen:

Mitarbeiter_innen in Sozial- und Erziehungsberufen leisten eine wichtige und wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft. Sie fördern ein gutes Aufwachsen und eine gute Entwicklung von Kindern, arbeiten in Behinderteneinrichtungen und den vielen Feldern der sozialen Arbeit. Wir bedanken uns für ihr Engagement, ihre Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit auch in schwierigen Situationen ihre Arbeit gut zu machen.

Die Bedeutung der Kindertagesstätten als Lernort und die Qualität in den sozialen Berufen sind in den letzten Jahren enorm gewachsen. Diese Arbeit, die oft genug von Frauen bewältigt wird, muss besser gewürdigt werden. Dazu sind auch eine gute Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen erforderlich. Deshalb begrüßen wir die aktuellen Tarifverhandlungen für eine bessere Eingruppierung und Bezahlung der Mitarbeiter_innen im Sozial- und Erziehungsdienst.

Nürnberg braucht in Zukunft gerade in den Kindertagesstätten mehr qualifizierte Kräfte und erwartet von den aktuellen Tarifaueinandersetzungen, dass es mit diesem Ergebnis mehr Erzieher_innen möglich ist im Beruf zu bleiben. Der Stadtrat fordert den kommunalen Arbeitgeberverband auf, im Interesse einer guten Personalausstattung die Sozial- und Erziehungsberufe aufzuwerten und die Arbeitsbedingungen entscheidend zu verbessern. Gute Qualität und hohe Herausforderungen müssen entsprechend finanziert werden. Die Kommunen benötigen dazu mehr Unterstützung durch Bund und Land, um die Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten und um Einrichtungen und Angebote der sozialen Arbeit in hoher Qualität zu erhalten.

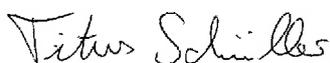
Begründung:

Die Entgelttabelle für die Sozial- und Erziehungsdienste wurde zum Ende des Jahres 2014 gekündigt, seit Mitte März finden die ersten Streiks statt. Ver.di und GEW verhandeln mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA). Der neue Tarifvertrag wird dann primär für die kommunalen Beschäftigten im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste gelten (z.B. Erzieherinnen in Kitas, Schulsozialarbeiter, Heilerziehungspfleger/innen etc.), hat aber

auch Auswirkungen für die Beschäftigten in freien und konfessionellen Einrichtungen. Die Arbeitssituation in den sozialen und betreuenden Berufsfeldern ist besonders prekär. Die Gehälter sind niedrig, die Teilzeitquote und Verantwortung dagegen besonders hoch. Oft lastet großer Druck, der Verantwortung für die Betreuten gerecht zu werden, auf den vornehmlich weiblichen Kolleginnen und den Kollegen.

Eine gute Bezahlung verhindert Armut im Rentenbezug und das gilt wiederum besonders für Frauen. Die kommunale Familie muss einen großen Teil der Kinderbetreuungskosten selbst zahlen, aber auch Eltern werden durch immer höhere Elternbeiträge belastet. Hier sind Bund und Land gefragt, die Kommunen besser zu fördern und eine gute soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu garantieren. In den Ausbau einer öffentlichen Kinderbetreuung sollten die Steuergelder investiert werden statt mit dem Betreuungsgeld zu vergeuden.

Mit freundlichen Grüßen



Stadtrat LINKE LISTE Nürnberg